

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Vorfahrt für Kinder

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. xxx.06 / 14.12.06

Noch immer keine verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen für Zweijährige: Große Koalition vertagt, statt zu Handeln

Erneut beschäftigt sich der Landtag mit der Frage, wie wir frühe Hilfen in Schleswig-Holstein sicher stellen und besser koordinieren können. Das ist richtig so, denn noch immer gibt es Lücken im System.

Es gibt in Deutschland zwei Realitäten, die nebeneinander stehen und sich zu widersprechen scheinen. Das sind zum einen die SozialpädagogInnen, ErzieherInnen, HeilpädagogInnen und Hebammen, die die Not der Familien kennen und an die Kommunen appellieren, mehr Mittel für Hilfeleistungen bereit zu stellen. Das sind zum anderen die PolitikerInnen, die bei jedem Fall von Kindesvernachlässigung, der medienwirksam vermarktet wird, aufgeregt fragen, wie wir diese Familien früher finden können, um ihnen zu helfen.

Unsere Aufgabe ist es, diese unterschiedlichen Wahrnehmungen zusammen zu fügen. Unsere Aufgabe – gemeinsam mit den Kommunen – ist es, Netzwerke zu schaffen, die die Realität mit dem gesellschaftlichen und politischen Anspruch staatlicher Hilfe und Fürsorge in Übereinstimmung bringen.

Es müssen verschiedene Bausteine aufeinander gesetzt werden, damit ein schützendes Haus entstehen kann. Es sind die ganz frühen Hilfen, wie „welcome“, „Schutzengel“ und Familienhebammen, die jungen Familien praktische Unterstützung bieten. Es ist die Vernetzung der vorhandener Hilfesysteme, die dafür Sorge tragen kann, dass kein Kind durch das Raster fällt. Es ist die personelle Ausstattung der Jugendämter, die Voraussetzung für eine individuelle Hilfeleistung ist. Sie darf nicht unter der finanziellen Not der Kommunen leiden.

1/2

Und es ist die Frühförderung, die eine negative Zukunftsprognose in ihr Gegenteil verwandeln kann. Gerade in diesem Bereich gibt es immer wieder Fälle, wo Eltern beim Staat Hilfe suchen – und mit ihren Kindern weggeschickt werden. Das darf nicht sein!

Der vorliegende Antrag von CDU und SPD nimmt viele Gedanken unseres Antrages aus dem Januar auf. Wir stimmen diesem Antrag natürlich zu. Aber die Beratung - insbesondere über die Einführung verpflichtender Vorsorgeuntersuchungen – dauert uns definitiv zu lange!

Nur sehr langsam kommen wir voran. Da muss es schon als Fortschritt gewertet werden, dass wir heute keinen erneuten Prüfauftrag beschließen. Wir fordern die Landesregierung statt dessen ganz konkret auf, bis März 2007 Lösungsansätze innerhalb ihrer Landeskompentenz vorzulegen. Ich hoffe, dass wir dann spätestens im Sommer 2007 gemeinsam zu einer guten Lösung für Schleswig-Holstein kommen.

Der Bundesrat hat erst kürzlich die Entscheidung über bundesgesetzliche Pflichtuntersuchungen in die Fachausschüsse geschoben. Die Jugendministerkonferenz hat sich bereits im Mai darauf verständigt, dass es keinen Beschluss für bundesweit verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen geben wird. Sie hat aber auch beschlossen, dass eine zusätzliche Reihenuntersuchung – analog zur Schuleingangsuntersuchung - im frühen Kindesalter modellhaft erprobt werden soll. Deshalb ist es aus Grüner Sicht nicht nur richtig, sondern geboten, dass Schleswig-Holstein einen eigenen gesetzgeberischen Weg geht. Unser Vorschlag für eine Pflichtuntersuchung aller zweijährigen Kinder steht nach wie vor im Raum. Seit fast einem Jahr!

Nach elf Monaten fordern nun CDU und SPD die Landesregierung auf, bis März 2007 auch einen Vorschlag zu machen. Warum der Landesregierung dafür erneut vier Monate Zeit gelassen werden, verstehe wer will. Ich hätte erwartet, dass die Landesregierung von selbst mit einem Vorschlag auf den Sozialausschuss zukommt – dass es keiner Aufforderung durch den Landtag bedarf! Wir sollten handeln, statt Probleme zu vertagen.

Vielleicht hilft ja der Beschluss des Bundesparteitages der CDU weiter, welcher sich für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen ausspricht! Ich hoffe also, dass die Landesregierung nun zügig aufzeigt, wie aus ihrer Sicht „eine erhöhte Verbindlichkeit zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Gesundheitsdienstgesetz fest geschrieben werden kann.
